



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 23. September 2020

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

IHK-Konjunkturbericht zum 2. Quartal 2020: Schockierend und beruhigend zugleich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

schauen wir zunächst auf die aktuelle Lage: Nachdem in den letzten Wochen des ersten Quartals 2020 wirklich Schlimmes über uns hereingebrochen war, interessieren uns natürlich die Antworten auf drängende Fragen:

- Wie hat sich die Krise konkret auf unsere Unternehmen in der Region ausgewirkt?
- Wie gehen sie damit um?
- Haben die vielfältigen Gegenmaßnahmen helfen können?

Der IHK-Konjunkturbericht zum zweiten Quartal 2020 schockiert und beruhigt zugleich.

Die Verunsicherung im Frühjahr war – verständlicherweise – massiv: Die Zukunftserwartungen brachen dramatisch ein – und fielen auf einen historischen Tiefstand. Was Auftragslage, Umsätze und Gewinne der Unternehmen in den Folgemonaten betrifft, haben sich die Befürchtungen bestätigt. Die Beurteilung der Geschäftslage sackte zur Jahresmitte in etwa so stark ab wie zur Finanzkrise 2009.

Nahezu alle unsere Mitgliedsunternehmen waren davon betroffen – einige nur gering, aber sehr viele stark! Und die Veranstaltungsbranche, Tourismus und Gastronomie sowie manche Händler haben noch immer heftig zu kämpfen.

Hoffnungsvoll stimmt allerdings, dass die starke Verunsicherung inzwischen vielfach gewichen ist. Mit klarerer Perspektive hellen sich die Geschäftserwartungen wieder auf – zumindest dort, wo die Corona-Einschränkungen wieder abnehmen. Zwar herrscht weiter eine grundlegende Skepsis vor, und bei vielen Unternehmen bleibt ein großes Loch in der Jahresbilanz.

Aber: Die erwartete konjunkturelle Katastrophe ist ausgeblieben!

Endspurt: Aufholen auf dem Ausbildungsmarkt!

Doch auch wenn die große Katastrophe ausgeblieben ist – die Corona-Krise hat bestehende Probleme verschärft: Der ohnehin angespannte Ausbildungsmarkt in unserem IHK-Bezirk etwa ist weiter unter Druck geraten. Ende August haben wir mit weniger als 3.000 neu eingetragenen Auszubildenden verglichen mit dem Vorjahr ein Minus von 7,5 Prozent zu verzeichnen. Weniger Azubis aber heißt: weniger Fachkräftenachwuchs – und das trifft uns.

Anderswo in Deutschland allerdings ist der Einbruch sogar noch heftiger. Positiv ist außerdem: Wir haben in den letzten Wochen aufgeholt, und es kommen jeden Tag noch Ausbildungsverhältnisse hinzu.

Weil eine Ausbildung noch bis weit in den Herbst begonnen werden kann, liefern im gesamten IHK-Bezirk noch Aktionen zum „Ausbildungsendspurt“ gemeinsam mit den regionalen Agenturen für Arbeit und den Handwerkskammern: so zum Beispiel eine Telefonhotline, Präsenzveranstaltungen und – just zu dieser Stunde – ein Facebook- und Instagram-Chat gemeinsam mit der Ratgeberredaktion der Mitteldeutschen Zeitung: Hier geht es vor allem darum, neben Eltern und Großeltern auch die Jugendlichen selbst zu erreichen. Sogenannte Nachvermittlungsaktionen werden folgen. Die IHK bleibt dran, jeder Ausbildungsplatz, jeder Auszubildende zählt.

Ein – immerhin – erfreuliches Ergebnis unserer diesjährigen Umfrage unter den Auszubildenden ist: Bei drei Viertel der Lehrbetriebe lief die Ausbildung dank Umorganisation auch in Corona-Zeiten (fast) wie im Normalbetrieb weiter. In jedem fünften Unternehmen konnten die Azubis im Homeoffice oder mobil arbeiten. Und trotz Corona-Beeinträchtigungen ist die übergroße Mehrheit mit ihrer Ausbildung zufrieden: Vier von fünf Jugendlichen lernen ihren Wunschberuf und stolze 90 Prozent würden ihr Ausbildungsunternehmen weiterempfehlen.

Die Bundesregierung möchte mit dem Programm „Ausbildungsplätze sichern“ das Lehrangebot trotz Corona aufrechterhalten. So sollen Unternehmen mit Prämien belohnt werden, wenn sie auf gleichem Niveau oder darüber hinaus ausbilden. Im Antragsverfahren ist dann eine Bescheinigung etwa der IHK notwendig. Dies übernehmen die Aus- und Weiterbildungsberater in unserem Haus. Derzeit ist die Nachfrage mit exakt 36 Anträgen für 77 Ausbildungsplätze noch überschaubar. Dies verwundert nicht: Einerseits wurden – wie bei anderen staatlichen Hilfen auch – durchaus hohe Hürden aufgestellt. Andererseits ist es schwer, das Engagement noch zu steigern, wo doch seit Jahren, und schon vor Corona, Ausbildungsplätze frei bleiben. Wir als IHK hatten im Vorfeld leider vergeblich auf diesen Widerspruch hingewiesen.

Aber wir lassen uns nicht beirren. Wir werben für diese Form der beruflichen Bildung – mit unseren bekannten Instrumenten: der Lehrstellenbörse, dem Magazin „Azubi gesucht!“, dem Beruf-O-Mat, durch den Ausbau der digitalen schwarzen Bretter und auch mit dem Instagram Account Team Azubi. Hier ein Beispiel, wie wir die jungen Leute ansprechen:

[Film Team Azubi wird eingespielt]

Sie sehen: Unser Hauptziel ist es weiterhin, jungen Menschen und ihren Eltern auf möglichst vielen Kanälen die Chancen einer dualen Berufsausbildung näher zu bringen. Dazu hat man sich im Arbeitskreis Bildung viele Gedanken gemacht. Frau Vizepräsidentin Kühne wird uns die Ergebnisse dieser Überlegungen heute noch präsentieren.

Verbandssanktionengesetz: Strafe ohne Schuld!

Mitten in die schwerste Wirtschaftskrise der jüngeren Geschichte fällt ein Gesetzesvorhaben, das den Unternehmen das Leben noch schwerer machen wird: Hinter dem im schönsten Beamtendeutsch so benannten „Verbandssanktionengesetz“ verbirgt sich ein absolutes Novum im deutschen Rechtssystem: nämlich ein Unternehmensstrafrecht.

Geht es nach diesem Gesetzentwurf, müssen Unternehmen künftig mit Strafen rechnen, wenn einer ihrer Angestellten eine Straftat begeht – ob das Unternehmen nun verantwortlich ist oder nicht. Nicht nur das: Staatsanwaltschaften wären künftig auch verpflichtet, jegliche Verstöße dieser Art zu verfolgen.

Es ist mit einer Flut an Verfahren zu rechnen, die vielleicht lediglich auf Fahrlässigkeit zurückgehen. Unsere Juristen sagen, dass im Grunde schon Verkehrsunfälle mit Personenschaden mit Bezug zum Taxi-, Logistik- oder Speditionsgewerbe eine sogenannte Verbandstat darstellen könnten, die dann geahndet werden muss. Das gleiche gilt für jeden Arbeitsunfall, jede fahrlässige Umweltverschmutzung oder Verletzung einer Verkehrssicherungspflicht.

Wir sind derzeit mit dem DIHK auf Bundesebene und mit den Landesarbeitsgemeinschaften der IHKn über den Bundesrat in der politischen Kommunikation. Es gibt schon erste Hinweise, dass einige Bundesländer den Gesetzentwurf in der bisherigen Form nicht akzeptieren werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich auch unsere Landesregierung gegen das Vorhaben ausspricht.

Denn dieses Gesetz wäre nun wirklich ein „Un-Gesetz“: Es kommt zur Unzeit. Es ist nicht nur unausgegoren, sondern in der Sache unsinnig. Und in seiner Art, Unternehmen zu kriminalisieren, ist es regelrecht unverschämt. Hier gilt es, klare Kante zu zeigen: So jedenfalls geht es nicht!

Kohleausstieg beschlossen: Wie weiter in Sachsen-Anhalt?

Zur politischen Interessenvertretung gehört auch das Thema Kohleausstieg. Dieser ist nun mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt am 8. August 2020 gesetzlich beschlossen. Damit steht fest, dass das Kraftwerk in Schkopau spätestens im Dezember 2034 vom Netz geht und im Dezember 2038 das letzte Kohlekraftwerk Deutschlands abgeschaltet wird. Außerdem werden bis zu 40 Milliarden Euro vom Bund bereitgestellt, um den daraus resultierenden politisch gewollten Strukturwandel zu flankieren und einen Strukturbruch wie in den 1990er Jahren zu verhindern.

Diese Beschlüsse haben jedoch aus unserer Sicht zwei entscheidende „Webfehler“:

Erstens: Eine klare und schlüssige Strategie fehlt, damit es zukünftig auch ohne Kohlestrom eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gibt. Gerade dies aber ist insbesondere für unsere stromintensive Industrie eine entscheidende Standortfrage. Unsere IHK wird deshalb die Politik in die Pflicht nehmen, damit Mitteldeutschland auch noch in 20 Jahren Standort bedeutender Industrieunternehmen sein kann und sein wird.

Und Zweitens: Neue Arbeitsplätze als Ersatz für die wegfallende Beschäftigung mit hoher Wertschöpfung in Tagebauen und Kraftwerken können nur in **Unternehmen** entstehen. Dafür gibt es im Strukturstärkungsgesetz aber leider keine Unterstützung. Die Gelder fließen nur in die Infrastrukturprojekte und an Kommunen für Investitionen zum Beispiel in die wirtschaftsnahe Infrastruktur, in die Dorfentwicklung oder in den Umweltbereich. Zweifellos können damit wichtige Signale gesetzt werden, aber für uns ist das zu wenig.

Bei allem Respekt für die Arbeit von Landräten und (Ober-)Bürgermeistern: Sie können ihre Arbeit noch so gut und gewissenhaft tun – Treiber von Innovation und Strukturwandel sind sie nicht – und können dies auch gar nicht sein!

Damit aber die Mittel wenigstens zielgerichtet eingesetzt und nicht mit der Gießkanne verteilt werden, hat unsere IHK gemeinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft einen Kriterienkatalog erarbeitet, der auch weitestgehend in die neuen Landesregelungen übernommen wurde.

Auf dieser Grundlage werden wir uns in den nächsten Monaten politisch einbringen, wenn ein Strukturentwicklungsprogramm für das Mitteldeutsche Revier erarbeitet wird.

Unternehmensnachfolge in Sachsen-Anhalt: „Miteinander Zukunft sichern!“

Am Ball bleiben wir auch beim Thema Unternehmensnachfolge. Wie Sie wissen, besteht das größte Problem für viele Senior-Unternehmer unverändert darin, den passenden Nachfolger zu finden. Auch hier ist Zusammenstehen gefragt: Unter dem Motto „Miteinander Zukunft sichern!“ hat das Netzwerk Unternehmensnachfolge Sachsen-Anhalt eine Agenda erarbeitet, damit in Sachsen-Anhalt mehr Firmenübergaben gelingen können.

Unter Führung der IHK entstand ein Katalog aus Vorschlägen beziehungsweise Forderungen, gebündelt in zehn Punkten. Sie finden diese zehn Punkte in ihren Tagungsunterlagen.

Das „Miteinander“ ist dabei durchaus programmatisch gemeint: So soll das Thema Unternehmensnachfolge unter anderem auch außerhalb der Firmen – in Politik und Verwaltung – zur Chefsache gemacht werden: vom Ministerpräsidenten bis zum Bürgermeister.

Außerdem brauchen wir einen Fahrplan, wie ausufernder Bürokratismus vermieden werden kann. Vorgesehen ist auch, das Coaching für Nachfolger zu befördern und Mentoren als Ratgeber und Netzwerker zu gewinnen.

Dafür werden viele Akteure zusammenarbeiten müssen – und wir wirken darauf hin, dass sie auch zusammenfinden. Deshalb haben wir unseren Zehn-Punkte-Katalog Ende Juni an Wirtschaftsförderer sowie Vertreter aus Ministerien, Kommunen, Nachfolgeinitiativen und natürlich auch Unternehmer in Sachsen-Anhalt versandt.

Die dargelegten Überlegungen und Forderungen sollen in den nächsten Wochen vertiefend diskutiert werden: In persönlichen Gesprächen wollen wir Möglichkeiten erörtern, wie sich die Punkte gemeinsam verwirklichen lassen.

Seien Sie hiermit eingeladen, sich in diese Diskussion – für einige unter Ihnen gilt: weiterhin – aktiv einzubringen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben gesehen: Die IHK hat sich entsprechend aufgestellt:

- Wir analysieren die Wirtschaftslage.
- Wir wissen, was wir anstreben.
- Und wir setzen uns dann zielorientiert und entschieden dafür ein.

Das gilt für die politische Interessenvertretung ebenso wie für die Aus- und Weiterbildung oder die Serviceangebote für Unternehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!